

Oliver Thränert:

Der Iran und die Weiterverbreitung von ABC-Waffen

SWP-Studie 30/2003, August 2003

Der Iran geriet im Frühjahr 2003 in den internationalen Fokus, da nach verschiedenen Angaben in Natans eine Urananreicherungsanlage gebaut wird. Zudem strebt der Iran einen kompletten nuklearen Brennstoffkreislauf an. (Der bestehende Leichtwasserreaktor in Busher soll durch den Bau eines Schwerwasserreaktors in Arak und möglicherweise auch einer Wiederaufbereitungsanlage ergänzt werden.) Von den USA wird der Iran schon seit langer Zeit verdächtigt, an der Entwicklung von B- und C-Waffen sowie nuklearen Waffen interessiert zu sein. Für die Annahme, dass der Iran mit seinem Nuklearprogramm zumindest auch militärische Zwecke verfolgt, sprechen unter anderem Unregelmäßigkeiten bei der Umsetzung des Non Proliferation Treaty (NPT), die seit längerem bekannten Bemühungen, spezielle Zünder zu erwerben, die für den Bau von Nuklearwaffen benötigt werden, sowie das umfangreiche Raketenprogramm, das der Iran verfolgt.

Im November 2003 konnte mit dem Iran Einigung vor der Internationalen Atomenergiebehörde hinsichtlich des iranischen Atomenergieprogrammes erzielt werden, im Dezember 2003 unterzeichnete der Iran schließlich das geforderte Zusatzprotokoll, das auch unangemeldete Inspektionen von Nuklearanlagen ermöglicht. Die Interessen wichtiger Staaten in Bezug auf den Iran sind jedoch alles andere als homogen. Während die USA den Iran primär als ein Proliferationsproblem betrachten und eine Isolationspolitik gegenüber dem Iran verfolgen, sehen die europäischen Staaten den Iran als wichtigen Handelspartner und auch als Stabilitätsfaktor für den Nahen Osten. Russland schließlich ist im Iran stark engagiert und unterstützt den Staat auch bei dessen Nuklearprogramm.

Die vorliegende SWP-Studie, die noch vor der Einigung der IAEA mit dem Iran fertiggestellt wurde, befasst sich eingehend mit den möglichen iranischen Programmen zur Herstellung und Entwicklung von NBC-Waffen und potenziellen Trägersystemen. Ebenso werden die iranischen Motive für mögliche ABC-Projekte (Sicherheitsbedürfnis, Prestige, regionale Vormachtstellung) diskutiert und auch die bisherige iranische Rüstungskontrollpolitik analysiert. Im Zentrum der Studie steht jedoch die nukleare Option. Die Prämisse hierbei ist, dass im Iran noch keine definitive Entscheidung gefallen ist, Nuklearwaffen herzustellen oder den NPT zu verlassen. Ausgehend von dieser Analyse entwickelt Thränert verschiedene Szenarien und Politikoptionen mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Ein erstes Szenario geht von einem nuklear bewaffneten Iran beziehungsweise einem Iran aus, der über B- und C-Waffen verfügt. Dies kann, so Thränert, auf keinen Fall akzeptiert werden, da dies nicht nur die Lage im Nahen Osten destabilisieren und mittel- und langfristig eine Gefahr für Europa darstellen, sondern auch verschiedene Nichtweiterverbreitungsregime weiter schwächen würde. Weil der Iran bislang als engagiertes Mitglied in vielen Rüstungskontrollregimen galt, wäre ein Abgehen des Irans von dieser Haltung eine starke Belastungsprobe für die existierenden Regime. Insofern geht es bei der Frage eines möglichen iranischen Nuklearwaffenprogrammes auch um die Zukunft der nuklearen Nichtweiterverbreitung allgemein.

Ein zweites Szenario wären militärische Interventionen – entweder mit einem massiven Angriff vergleichbar dem gegen den Irak oder durch punktuelle Schläge gegen entsprechende nukleare Einrichtungen. Beide Optionen sind wenig erfolgversprechend: Erstere wäre vom militärischen Standpunkt im Gegensatz zum Irak-Feldzug kaum durchführbar, da der Iran über ein wesentlich größeres Militärpotenzial als der Irak verfügt und die militärischen Kräfte der USA durch den Krieg im Irak an ihr Limit

gelangt sind. Zweitens verspricht wenig Aussicht auf Erfolg, da einerseits die Anlagen noch nicht fertiggestellt sind und andererseits die Erfahrung zeigt, dass in einem solchen Fall der angegriffene Staat seine Anstrengungen erst recht erhöht. Zudem dürfte sich die Bush-Administration vor dem Hintergrund der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen kaum auf ein militärisches Unternehmen einlassen, zumal solche militärischen Operationen auch wenig Chancen auf Alliierte hätten.

Ein drittes Szenario ist eine politische Intervention von außen, das heißt eine Unterstützung von Oppositionsgruppen mit dem Ziel, einen Regimewechsel in Teheran herbeizuführen. Über den Wert einer solchen Vorgangsweise sind sich die Analytiker nicht ganz klar, da selbst Teile der Opposition sich die Option für eine friedliche Nutzung der Kernenergie und damit letztlich auch die Waffenoption vorbehalten. Dennoch sollte eine vorsichtige, nicht auf Konfrontation angelegte Förderung der demokratischen Kräfte verfolgt werden, auch wenn sich dadurch das Proliferationsproblem nicht automatisch löst.

Als vierte Option wird schließlich die Strategie „Zuckerbrot und Peitsche“ genannt. Grundsätzlich geht die Studie davon aus, dass im Mittelpunkt der Versuch stehen sollte, rüstungskontrollpolitisch auf den Iran einzuwirken und mehr Transparenz sowie Flexibilität einzufordern. Diese Maßnahmen müssten mit wirtschaftspolitischen Anreizen wie etwa einem Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Iran, das auch für den vom Iran angestrebten Beitritt zur WTO förderlich sein könnte, gekoppelt sein. Auf jeden Fall sollte die EU, so der Autor, Teheran deutlich signalisieren, dass eine Entscheidung für den Bau von Nuklearwaffen oder die Weiterverfolgung von Programmen zur Herstellung von B- und C-Waffen die sofortige Einstellung aller Wirtschafts- und Handelskontakte zur Folge hätte. Zur gleichen Zeit muss dieser Ansatz aber auch die besondere Sicherheitslage des Iran berücksichtigen, was in weiterer Folge auch eine US-amerikanisch-

iranische Annäherung miteinschließt, die zum gegebenen Zeitpunkt nicht sehr wahrscheinlich, aber auch nicht vollkommen ausgeschlossen ist. Daher wäre es Aufgabe der Europäer, diese Annäherung zu fördern.

Die Diskussion über die Proliferation von Massenvernichtungswaffen wird relativ abstrakt geführt und geht kaum genauer auf konkrete Einzelfälle ein. Daher ist die vorliegende Studie von Thränert besonders hervorzuheben, die sich konkret an der Frage orientiert, inwiefern der Iran tatsächlich ein Proliferationsproblem darstellt, und aufbauend auf einer ausgezeichneten Analyse in sehr methodischer Weise verschiedene Politikoptionen für seine Regelung entwickelt. Es ist zu hoffen, dass ähnliche Studien über Staaten, die ebenfalls verdächtigt werden, am Erwerb von Massenvernichtungswaffen zu arbeiten, folgen.

Thomas Pankratz